

NIEDERSCHRIFT

über die 18. öffentliche Sitzung des Kreistages Ahrweiler
am 04.12.1992, 14.35 Uhr,
im Sozialraum der Kreisverwaltung Ahrweiler

Unter dem Vorsitz von Landrat Joachim Weiler nahmen teil:

die Mitglieder des Kreistages:

1. Adams, Gerhard, Sinzig (CDU)
2. Artzdorf, Werner, Niederzissen (SPD)
3. Banze, Dirk, Sinzig-Löhndorf (SPD) - Fraktionsvorsitzender -
4. Becker, Berthold, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
5. Berens, Peter, Adenau (SPD)
6. Bernads, Anton-Friedrich, Grafschaft-Nierendorf (CDU)
7. Boes, Hans, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
8. Corterier, Renate, Kalenborn (SPD)
9. Deres, Karl, MdB, Sinzig (CDU)
10. Elsner, Petra, Grafschaft-Lantershofen (SPD)
11. Groß, Wolfgang, Sinzig-Bad Bodendorf (SPD)
- erschien zu Beginn des TOP 6 -
12. Dr. Heller, Sigmund, Remagen-Oedingen (CDU)
- abwesend während der TOP 8 und 9 -
13. Henzgen, Rolf, Bad Breisig (SPD)
14. Hörsch, Günter, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
15. Holzemer, Anneliese, Adenau (CDU)
16. Jasper, Renate, Sinzig-Koisdorf (SPD)
17. Jüngling, Franz, Reifferscheid (CDU)
18. Klein, Hans-Georg, Sinzig (DIE GRÜNEN)
19. Lang, Bernd, MdL, Bad Breisig (SPD)
- erschien während des TOP 5 a -
20. Näkel-Surges, Ingrid, Dernau (CDU)
- abwesend während des TOP 8 -
21. Ockenfeld, Jakob, Gönnersdorf (CDU)
22. Schiffarth, Bernd, Adenau (CDU)
23. Schlagwein, Wolfgang, Bad Neuenahr-Ahrweiler (DIE GRÜNEN)
- Fraktionsvorsitzender -
24. Schmidt, Hartmut, Adenau (F.D.P.)
- erschien zu Beginn des TOP 6 -
25. Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
26. Schmitz, Willi, Antweiler (CDU)
27. Schneider, Hildegard, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
- ging im Verlauf des TOP 6 vor den Abstimmungen -
28. Schneider, Inge, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
29. Schneider, Walter, Altenahr-Kreuzberg (CDU)
- ging im Verlauf des TOP 6 vor den Abstimmungen -
30. Schnitker, Friedhelm, Brohl-Lützing (CDU)
31. Schröder, Toni, Niederzissen-Rodder (CDU)
32. Dr. Stange, Helmuth, Bad Neuenahr-Ahrweiler (F.D.P.)
- Fraktionsvorsitzender -

-
33. Gräfin von Wedel, Brigitta, Remagen-Oberwinter (CDU)
 34. Wallow, Hans, MdB, Remagen-Rolandseck (SPD)
 35. Wirz, Walter, Adenau (CDU) - Fraktionsvorsitzender -

die Kreisbeigeordneten:

- > Steffens, Gerhard, MdL, Bad Breisig (CDU) - 1. Kreisbeigeordneter -
- > Flohe, Edmund, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU) - 2. Kreisbeigeordneter -
- > Schmitz, Karl, Remagen-Oberwinter (SPD) - 3. Kreisbeigeordneter -

die Dezenten:

- > Kreisverwaltungsdirektor Daniel
- > Veterinärdirektor Dr. Gaudlitz
- > Kreisverwaltungsdirektor Paffenholz
- > Richter Porz
- > Regierungsdirektor Dr. Saftig

der Schriftführer:

Oberamtsrat Kniel

ferner von der Verwaltung:

- > Oberamtsrat Müller
- > Amtsrat Kess
- > Amtsrat Wielspütz
- > Kreisamfrau Bauer
- > Oberamtsrat Reichling (TOP 4 bis 6)
- > Amtsärztin Gasper (TOP 4 bis 6)
- > Oberamtsrat Moeren (TOP 6)
- > Amtsrat Raths (TOP 6)
- > Kreisammann Schäfer (TOP 6)
- > Kreismusikschulleiter Krauel (TOP 6)
- > Oberamtsrat Seul (TOP 6)
- > Amtsrat Willems (TOP 6)
- > Oberamtsrat Wellmann (TOP 6)
- > Sozialamtsrat Saal (TOP 6)
- > Amtsrat Deres (TOP 6)
- > Sozialammann Kniel (TOP 6)
- > Kreisammann Schlömer (TOP 6)
- > Regierungsoberinspektorin Dott (TOP 6)
- > Oberamtsrat Pfennig (TOP 6)
- > Kreisamfrau Schröder (TOP 6)
- > Dipl.-Ing. (FH) Lauterbach (TOP 6)
- > Amtsrat Stiglitz (TOP 5 und 6)
- > Dipl.-Geograph Völker (TOP 9 und 10)

Es fehlten entschuldigt:

1. KTM Jähde, Edeltraud, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
2. KTM Krupp, Franz, Sinzig-Koisdorf (CDU)
3. KTM Lessenich, Adolf, Brohl-Lützing (SPD)
4. KTM Malpricht, Detlev, Grafschaft-Oeverich (F.D.P.)
5. KTM Sebastian, Wilhelm Josef, MdL, Dernau (CDU)
6. KTM Simons, Wolfgang, Grafschaft-Gelsdorf (DIE GRÜNEN)

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 16.10.1992
3. Beteiligung an der Rheinisch-Westfälischen Beteiligungsgesellschaft der Kommunen mbH
4. Zwischenbericht über die Entwicklung im Bereich der Abfallentsorgung zum 30.09.1992
5.
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses 1991 für die Einrichtung der Abfallentsorgung
 - b) Beschlußfassung über die Jahresrechnung 1991 und Erteilung der Entlastung
6. Haushaltsberatung 1993
 - a) Wirtschaftsplan 1993 für die Einrichtung der Abfallentsorgung
 - b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1993
 - c) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum von 1992 bis 1996
 - d) Haushaltsplan 1993 der Gertrud-Pons-Stiftung
7. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Bäder-, Wein- und Wanderland Rhein-Ahr-Eifel e. V.
8. Ersatzwahlen für den Schulträgersausschuß
9. Ausgleichsbuch der Region Bonn
10. Benennung eines Vertreters des Landkreises Ahrweiler für den Regionalbeirat der Strukturförderungsgesellschaft mbH Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler
11. Verabschiedung einer Resolution gegen Gewalt
(Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.12.1992)
12. Beantwortung von Anfragen

TOP 1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlußfähigkeit des Kreistages fest.

Zur Tagesordnung beschloß der Kreistag einstimmig,

- ▶ in Abänderung der in der Tagesordnung vorgesehenen Reihenfolge aus Gründen des Sachzusammenhangs das Ausgleichsbuch der Region Bonn vor dem TOP 10 - Wahlvorschlag für den Regionalbeirat der Strukturförderungsgesellschaft mbH - zu beraten. Der Vorsitzende hatte diese Änderung der Tagesordnung beantragt.

- ▶ den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.12.1992 auf Verabschiedung einer Resolution gegen rechtsextremistische Ausschreitungen nachträglich in die Tagesordnung aufzunehmen und unter TOP 11 zu behandeln. Der Kreistag stellte die Dringlichkeit der Beratung fest.
Der Vorsitzende hatte sich bereits in seiner Eröffnungsansprache des Themas angenommen und seine Erleichterung zum Ausdruck gebracht, daß im Kreis Ahrweiler bisher keine ausländerfeindlichen Vorkommnisse festgestellt werden mußten.

TOP 2) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages
am 16.10.1992

Gegen die Niederschrift in der vorliegenden Fassung wurden aus der Mitte des Kreistages keine Einwendungen erhoben. Die Genehmigung erfolgte mit einstimmigem Beschluß.

TOP 3) Beteiligung an der Rheinisch-Westfälischen Beteiligungsgesellschaft
der Kommunen mbH

Der Vorsitzende erläuterte kurz die Ausgangssituation. Der Kreistag habe die grundsätzliche Entscheidung darüber zu treffen, ob sich der Kreis an der von der RWE-AG in Aussicht genommenen Kapitalerhöhung beteiligt. Die Verwaltung rate hiervon vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage ab und schlage stattdessen eine Veräußerung der Bezugsrechte an die noch zu errichtende Beteiligungsgesellschaft der Kommunen mit einem zu erwartenden Erlös von etwa einer halben Million DM vor. Über eine Beteiligung des Kreises an dieser Gesellschaft, die zum Zweck der Sicherung des kommunalen Kapitalanteils und damit der kommunalen Einflußmöglichkeiten gegründet werde, solle nach dem vorliegenden Beschlußvorschlag der Verwaltung vorerst nicht befürdet werden. Die Errichtung der Gesellschaft werde dadurch nicht behindert, so daß diese Frage ohne Not auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden könne.

KTM Schlagwein (DIE GRÜNEN) pflichtete der Aussage des Vorsitzenden bei, daß jede künftige Kapitalerhöhung den Einfluß der kommunalen Aktionäre innerhalb des RWE schmälern wird. Die Bestrebungen des RWE würden daher mit Skepsis gesehen. Die Fraktion "DIE GRÜNEN" mache ihre Zustimmung zur Veräußerung der Bezugsrechte an den neuen Aktien davon abhängig, daß die hieraus zu verbuchenden Einnahmen für Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieumwandlung sowie für die Einrichtung der Stelle eines Energiebeauftragten zweckgebunden verwendet werden. Er stellte einen entsprechenden Antrag.

BESCHLUSSFASSUNG:

1. Der Kreistag lehnte den Antrag der Kreistagsfraktion "DIE GRÜNEN" ab, den Erlös aus der Veräußerung der Bezugsrechte an den neuen RWE-Aktien zweckgebunden für Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieumwandlung sowie für die Einrichtung der Stelle eines Energiebeauftragten bei der Kreisverwaltung zu verwenden."

Abstimmungsergebnis: 9:2 (bei 21 Enthaltungen)

2. Der Kreistag beschloß entsprechend des Beschlußvorschlages der Verwaltung, daß sich der Kreis Ahrweiler nicht an der von der RWE AG geplanten Kapitalerhöhung beteiligt, sondern die auf den Kreis entfallenden Bezugsrechte für die neuen RWE-Aktien an die zu installierende Rheinisch-Westfälische Beteiligungsgesellschaft der Kommunen mbH veräußert werden, wobei der Erlös im Vermögenshaushalt 1993 zu veranschlagen ist. Die Entscheidung über eine Beteiligung des Kreises an der Gesellschaft wurde zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: 30:2

**TOP 4) Zwischenbericht über die Entwicklung im Bereich der
Abfallentsorgung zum 30.09.1992**

Der Kreistag nahm den von der Verwaltung vorgelegten Zwischenbericht über die Entwicklung im Bereich der Abfallentsorgung zum 30.09.1992 ohne Aussprache zur Kenntnis.

TOP 5 a) Feststellung des Jahresabschlusses 1991 für die Einrichtung der Abfallentsorgung

Der Kreistag stellte mit einstimmigem Beschluß den Jahresabschluß für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1991 mit einer Bilanzsumme von 14.116.177,55 DM und einem Jahresverlust von 1.498.993,07 DM fest. Er beschloß, den Bilanzverlust von 482.854,60 DM in das neue Jahr vorzutragen.

Zu TOP 5 b übernahm KTM Peter Berens (SPD) als ältestes anwesendes Kreis- tagsmitglied den Vorsitz. Landrat Weiler und die Herren Kreisbeigeordneten nahmen währenddessen im Zuhörerraum Platz.

TOP 5 b) Beschlußfassung über die Jahresrechnung 1991 und Erteilung der Entlastung

Nach dem einleitenden Vortrag des Vorsitzenden ergriff KTM Hörsch (CDU) als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses das Wort. Nach Überprüfung könne der Verwaltung eine ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung im abgelaufenen Haushaltsjahr 1991 bescheinigt werden, so daß einer Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten nichts entgegenstehe. Der Rechnungsprüfungsausschuß dränge jedoch wiederum auf eine Einhaltung des Kassenwirkungsprinzips bei der Aufstellung künftiger Haushalte. Der Grund für diese Empfehlung seien die nach wie vor hohen Ausgabereise. Um diese auf Dauer abzubauen, gelte es, die Ansätze noch kritischer auf ihre Kassenwirksamkeit zu überprüfen. Auch solle der Möglichkeit von Verpflichtungsermächtigungen größere Beachtung geschenkt werden. Das Ausgabegebaren der öffentlichen Haushalte werde mit Blick auf die immer knapper werdenden Mittel zwangsläufig in diese Richtung tendieren müssen.

Der Kreistag faßte entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses einstimmig folgenden Beschluß:

"Die Jahresrechnung 1991 in der von der Verwaltung im Rechenschaftsbericht vom 26.03.1992 dargelegten Form wird festgestellt. Für das Haushaltsjahr 1991 wird Herrn Landrat Weiler sowie den Herren Kreisbeigeordneten Steffens, Flohe und Schmitz Entlastung erteilt."

Der Vorsitzende dankte anschließend dem Landrat und seinen Mitarbeitern im Namen des Kreistages für die geleistete Arbeit.

Nach TOP 5 übernahm Landrat Weiler wieder den Vorsitz.

TOP 6) Haushaltsberatung 1993

- a) Wirtschaftsplan 1993 für die Einrichtung der Abfallentsorgung
- b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1993
- c) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1992 - 1996
- d) Haushaltsplan 1993 der Gertrud-Pons-Stiftung

Der Vorsitzende nahm die Finanzlage des Kreises zum Anlaß für grundsätzliche Aussagen zur Politik der Zukunft. Der Blick in den Haushaltsplan 1993 lasse eine Entwicklung sichtbar werden, die dazu zwingt, über eine grundlegende Neuordnung der Prioritäten nachzudenken. Die Verteilung der immer knapper werdenden Mittel erfordere ein konzeptionelles Umdenken, wobei sich ein kritisches Hinterfragen aller Ausgaben nicht umgehen lasse. Man müsse sich darüber bewußt sein, daß die voraussehbar schlechter werdenden Rahmenbedingungen ein Verfahren in den bisherigen Bahnen einfach nicht mehr zuließen. Im vorliegenden Haushaltsplan lasse sich dies bereits ablesen. Trotz aller Anstrengungen sei es dabei nicht gelungen, die Kreisumlage weiterhin auf ihrem bisherigen Niveau zu belassen.

Anschließend bezogen die KTM Wirz und Inge Schneider (CDU), Banze (SPD), Dr. Stange und Schmidt (F.D.P.) sowie Schlagwein (DIE GRÜNEN) für ihre Fraktionen wie folgt Stellung zum vorliegenden Haushalt 1993. Die hierbei gestellten Anträge sind unter der Rubrik "Abstimmungen" en bloc wiedergegeben.

KTM Wirz (CDU) beklagte, daß der ohnehin enge Finanzierungsspielraum durch vom Kreis weitestgehend nicht beeinflussbare Ausgabenzuwächse immer stärker eingegrenzt wird. Seine Fraktion sehe sich aus dieser Erkenntnis heraus zu einer restriktiven Haushaltsplanung mit einer deutlichen Verringerung der Ausgaben verpflichtet. Dabei lasse es sich zwangsläufig nicht vermeiden, auch sogenannte traditionelle Ausgaben im Einzelfall anzutasten. Man müsse Verständnis dafür haben, daß Prioritäten gesetzt werden müssen, etwa in den Bereichen Kindergärten, Schulen und Altenheime, und nicht mehr alle Erwartungen erfüllbar seien. In diesem Zusammenhang kritisierte er, daß an den Kreis oft Forderungen nach vollem Kostenausgleich herangetragen werden, ohne daß die eigenen Einnahmemöglichkeiten voll ausgeschöpft werden bzw. an andere in Frage kommende Träger herangetreten wird.

Der Wille zum Sparen dokumentiere sich deutlich im vorliegenden Haushaltsplan. Die von der Verwaltung und vom Kreisausschuß vorgeschlagenen Kürzungen seien jedoch nicht ausreichend, wolle man die Nettoneuverschuldung nicht in dem Maße ansteigen lassen, wie dies nach dem jetzigen Stand vorauszu sehen ist. Vor diesem Hintergrund müßten die darüber hinaus gehenden Kürzungen gesehen werden, die er für seine Fraktion beantragen werde. Im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten, die der Haushalt noch hergebe, seien etwa auch weitere Ausweitungen des Stellenplans vorerst nicht mehr vertretbar. Zum Thema Schuldnerberater ließ er keinen Zweifel daran, daß ein solches Beratungsangebot durchaus seine Berechtigung habe und seine Fraktion hier an einer Problemlösung interessiert sei. Sofern sich eine solche Institution endgültig weder mit Verbänden der freien Wohlfahrtspflege noch mit Kreditinstituten verwirklichen lasse, solle nach neuen Wegen Ausschau gehalten werden. In der Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden sah er dabei einen möglichen Ansatzpunkt.

Zur Kreismusikschule bat Herr Wirz die Verwaltung, in einem rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen vorzulegenden Bericht Möglichkeiten einer

Defizitreduzierung aufzuzeigen. Die kontinuierlich steigende Belastung des Kreishaushaltes lasse es an der Zeit erscheinen, die Struktur dieser Einrichtung vom Grundsatz her ernsthaft zu überdenken, wobei auch eine Beteiligung der Städte und Gemeinden sinnvoll wäre und in die Überlegungen mit einbezogen werden sollte.

Für den Bereich der Altenpolitik, die er als eine Aufgabe der Zukunft bezeichnete und begrüßenswerterweise jetzt vom Kreis mit der Erstellung eines Altenplans konkrete Konturen annehme, regte er begleitend zur Einrichtung eines Seniorenrates die Bildung eines Arbeitskreises an, dem Vertreter der kommunalen Gremien angehören sollten. Bezüglich der Förderung von Altenheimen solle über eine Pauschalierung pro Bett nachgedacht werden.

Im Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung schlage sich die Umstellung der gesamten abfallwirtschaftlichen Leistungen zum 01.01.1993 in höheren Aufwendungen und hieraus resultierend höheren Gebühren nieder. Immer noch könnten viele Bürger für die bevorstehende Gebührenanhebung wenig Verständnis aufbringen, zumal der Bürger durch das Separierungsgebot wesentlich mehr als bisher gefordert werde. Die Kreisverwaltung wäre deshalb gut beraten, der Bevölkerung einmal vorzurechnen, wie sich die Aufwendungen des Kreises für die Abfallwirtschaft in den letzten Jahren entwickelt haben und bedingt durch das neue Entsorgungssystem entwickeln werden.

KTM Inge Schneider (CDU) hob in ihren Ausführungen die Notwendigkeit hervor, alsbald, möglichst schon in der ersten Kreistagssitzung im kommenden Jahr, über die Zukunft der staatlichen Gymnasien in Bad Neuenahr-Ahrweiler entscheiden zu können. Dies setze voraus, daß bis dahin eine Klärung der Zuschußfrage herbeigeführt werden kann, wovon sie ausgehe.

KTM Banze (SPD) griff zu Beginn seiner Rede die geplante Erhöhung der Kreisumlage auf und wies dabei die aus den Reihen der Bürgermeister geübte Kritik an dieser Maßnahme entschieden zurück. Die Kreisumlage habe sich lange Zeit im Landesdurchschnitt am unteren Limit bewegt. Sie müsse jetzt angetastet werden, wolle man dem Kreis noch eigene finanzpolitische Gestaltungsmöglichkeiten belassen. Er widersprach auch dem Vorwurf, nicht genügend Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen zu haben. Der vorliegende Haushalt sei ein Sparhaushalt, wie sich an unzähligen Beispielen belegen lasse. Gewisse Spielräume müßten aber gesichert werden, um in den

Bereichen Kindertagesstätten, Gymnasien, Kreisstraßenbau usw. die erforderlichen Mittel bereitstellen zu können. Die von der Erhöhung der Kreisumlage betroffenen Städte und Gemeinden sollten zur Kenntnis nehmen, daß in jeder Phase der Planung des Haushalts eine gründliche Überprüfung aller freiwilligen Ausgaben stattfand mit dem Ergebnis teilweise rigoroser Kürzungen. Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen trug Herr Banze die Anträge seiner Fraktion vor. Dabei stellte er folgende Forderungen:

- ▶ Änderung der Förderungsrichtlinien des Kreisjugendamtes mit dem Ziel einer Anhebung der Tagessätze für Jugendfreizeiten.
- ▶ Änderung der Zuschußpraxis des Kreises bei der Förderung von Altenheimen durch Einführung einer Pauschalbezuschussung pro Bett.
- ▶ Weiteres Vorantreiben der Sanierung des Peter-Joerres-Gymnasiums Ahrweiler und des Are-Gymnasiums Bad Neuenahr mit einer Aufteilung der Sanierungsschritte in kurz-, mittel- und langfristige Vorhaben.
- ▶ Erstellung und Umsetzung eines neuen Konzeptes für die Fremdenverkehrsorganisation "Bäder-, Wein- und Wanderland Rhein-Ahr-Eifel e. V.", das zur Beseitigung der derzeitigen Konkurrenzsituation mit den örtlichen Fremdenverkehrsorganisationen führen soll. Diese Forderung richtete sich unmittelbar an "Bäder-, Wein- und Wanderland".

KTM Dr. Stange (F.D.P.) hielt die vorgeschlagene Anhebung der Kreisumlage ebenfalls für unumgänglich. Die für 1993 prognostizierte Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zwingt zu diesem Schritt. Auch für die Zukunft könne nicht mit Einnahmeverbesserungen gerechnet werden, so daß sich die allgemeine Haushaltssituation wohl noch weiter verschlechtern werde. Dies mache sich schon jetzt in allen Bereichen des Haushaltes immer stärker bemerkbar. Die Finanzpolitik des Kreises werde sich durch eine gezielte Prioritätensetzung auf die Situation einzustellen haben. Hinsichtlich des Stellenplans teile er die Auffassung der CDU-Fraktion, daß der Stellenplan für die kommenden Jahre auf den jetzigen Stand festgeschrieben werden sollte. Die Verwaltung müsse versuchen, ihre Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Seine Fraktion erbitte zu diesem Themenkomplex einen Bericht über die Personalsituation und innerorganisatorische Verbesserungsmöglichkeiten.

KTM Schmitt (F.D.P.) bat für 1993 um einen Bericht über die Auswirkungen der Einführung des Dualen Systems auf das Abfallaufkommen und die Laufzeit

der Deponien, wobei auch eine Aussage zur Gebührenentwicklung getroffen werden sollte.

Unter Bezugnahme auf die Forderung der CDU-Fraktion nach einer vorläufigen Festschreibung des Stellenplans auf den Ist-Zustand äußerte er die Erwartung, daß mittelfristig ein Stellenabbau erfolgt und die Verwaltung ein Konzept zur Erreichung dieses Ziels entwickelt. Der Vorsitzende wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß zusätzliche Aufgaben, die auf die Kreise noch zukommen, mit dem jetzigen Personalbestand nicht wahrgenommen werden können. Die Forderung nach Stelleneinsparungen müsse daher mit einem dringenden Appell an Bund und Land verbunden werden, weitere Aufgabenverlagerungen nicht ohne vollen finanziellen bzw. personellen Ausgleich vorzunehmen.

KTM Schlagwein (DIE GRÜNEN) sah in den großen gesellschaftspolitischen Problemen und Herausforderungen auf nationaler und globaler Ebene eine wesentliche Ursache für die Finanznöte der öffentlichen Haushalte. Der Kreis stehe jetzt wie alle Kommunen vor der Situation, mit weniger Geld auskommen zu müssen. Deshalb seien Einschnitte, auch wenn sie noch so unpopulär sind, unvermeidbar. Gleichzeitig aber müsse auch ein Umdenken bezüglich des Einsatzes der Mittel einsetzen. Ihm schwebte eine Umschichtung dergestalt vor, daß die Mittel einer sinnvolleren und zukunftsorientierteren Verwendung zugeführt werden. Es sei beispielsweise wünschenswert, wenn mit der Förderung des ÖPNV korrespondierend auf dem Gebiet des Kreisstraßenbaus eine zurückhaltendere und ökologisch verträglichere Linie eingeschlagen würde. Erfreulich wäre auch, wenn der Kreis sein finanzielles Engagement auf dem Energiesektor verstärken würde, da es hier ein erhebliches Einsparpotential gebe. Seine Fraktion werde aus diesem Grund zum wiederholten Mal die Einstellung eines Energiebeauftragten beantragen.

Beschlüsse zu Ansätzen im Haushaltsplan

Sammelnachweis 1: Personalausgaben

"Für die Ermittlung der zu veranschlagenden Personalkosten wird ein linearer Steigerungssatz von 3 % gegenüber 4 % im Verwaltungsentwurf zugrundegelegt."

Antragsteller: Landrat Weiler

Beschluß: Antrag angenommen (26:4, 3 Enthaltungen)

Sammelnachweis 2: Sächliche Verwaltungskosten

"Der Sammelnachweis 2 wird pauschal um den Betrag von 70.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion

Beschluß: Antrag abgelehnt (21:12)

Sammelnachweis 2: Sächliche Reinigungs- und Bewirtschaftungskosten

"Der Ansatz wird um 1.000,00 DM auf 60.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Sammelnachweis 2: Mikroverfilmung

"Der Ansatz wird um 2.000,00 DM auf 12.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Sammelnachweis 2: Kosten der Datenverarbeitung

"Der Ansatz wird um 32.000,00 DM auf 970.900,00 DM gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Bauunterhaltung bei der Hauptverwaltung (0200.5000)

"Der Ansatz wird um 5.500,00 DM auf 55.000,00 DM gekürzt. Die Vernetzungskosten für die neue Telefonanlage sind im Vermögenshaushalt zu veranschlagen. Weiterhin ist für die einfache Reparatur von Fenstern im Mitteltrakt des Kreisverwaltungsgebäudes ein Betrag von 9.500,00 DM vorzusehen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (30:2, 1 Enthaltung)

Bauunterhaltung bei der Berufsbildenden Schule (2460.5000)

"Der für Parkplatzmarkierungen vorgesehene Betrag in Höhe von 5.000,00 DM wird gesperrt. Der Kreisausschuß entscheidet über die Freigabe der Mittel."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses
Beschluß: Empfehlung angenommen (24:7)

Zuschuß für das Kulturprogramm der Stadt Remagen (3300.7001)

"Der Zuschuß für das Kulturprogramm der Stadt Remagen in Höhe von 20.000,00 DM wird gestrichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig bei 3 Enthaltungen)

Zuschüsse an Betreuungsvereine (4000.7001)

"Der Gesamtzuschußbetrag von 70.000,00 DM wird gesperrt."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses
Beschluß: Empfehlung angenommen (24:7)

Zuschüsse für Jugendbildungsveranstaltungen (4511.7000)

1. "Der Ansatz wird um 5.000,00 DM auf 55.000,00 DM erhöht."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag abgelehnt (23:10)

2. "Der für die finanzielle Unterstützung von politischen Jugendverbänden vorgesehene Teilbetrag in Höhe von 10.000,00 DM wird gestrichen."

Antragsteller: CDU-Fraktion / Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluß: Antrag angenommen (23:10)

Zuschüsse für Jugendfreizeiten (4512.7000)

"Der Ansatz wird um 5.000,00 DM auf 75.000,00 DM erhöht."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluss: Antrag angenommen (31:2)

Allgemeine Maßnahmen des Jugendamtes (4515.7600)

> "Der Ansatz wird um 3.000,00 DM auf 15.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluss: Antrag angenommen (31:1, 1 Enthaltung)

> "Der für die Herausgabe des Schulferienkalenders bestimmte Teilbetrag von 2.100,00 DM wird mit einer Haushaltssperre belegt. Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob diese Mittel nicht einer vernünftigeren Verwendung zugeführt werden können."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses
Beschluss: Empfehlung angenommen (24:7)

Freizeit für benachteiligte Kinder und Familien (4515.7601)

"Der Ansatz wird um 2.000,00 DM auf 10.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluss: Antrag angenommen (31:1, 1 Enthaltung)

Zuschuß an den Jugendhilfeverein für den Kreis Ahrweiler e. V. für das Ökoprogramm für arbeitslose Jugendliche (4521.7000)

1. "Der Ansatz wird um 45.000,00 DM erhöht."

Antragsteller: Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluss: Antrag abgelehnt (29:3, 1 Enthaltung)

2. "Der Ansatz wird um 34.500,00 DM erhöht."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluss: Antrag abgelehnt (20:13)

3. "Der Ansatz wird um 6.000,00 DM auf 41.000,00 DM erhöht."

Antragsteller: CDU-Fraktion
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig bei 1 Enthaltung)

Zuschuß für die Familienbildungsstätte (4620.7000)

"Der Ansatz wird um 1.000,00 DM auf 49.000,00 DM erhöht."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)

Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig bei 1 Enthaltung)

Zuschuß an Bäder-, Wein- und Wanderland (7900.7000)

1. "Der Ansatz wird um 45.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion

Beschluß: Antrag abgelehnt (21:12)

2. "Der Ansatz für den Haushalt 1993 und die folgenden Haushaltsjahre wird auf den Vorjahresbetrag 1992 festgeschrieben."

Antragsteller: F.D.P.-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (19:12, 2 Enthaltungen)

Ausbau des 'Luftgeschosses' bei der Kreisverwaltung (0200.9400)

"Die für den Ausbau des 'Luftgeschosses' vorgesehenen Mittel im Ansatz und in der Verpflichtungsermächtigung sind vollständig zu streichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion

Beschluß: Antrag abgelehnt (20:13)

Erneuerung von Fenstern im Mitteltrakt des Kreisverwaltungsgebäudes (0200.9400)

"Die für die Maßnahme im Vermögenshaushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von 385.000,00 DM werden gestrichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)

Beschluß: Antrag angenommen (31:2)

Ergänzung der Einrichtung bei den Schulen (Unterabschnitt 9350)

"Die Ansätze zur Ergänzung der Einrichtung werden bei allen in Kreisträgerschaft stehenden Schulen und den Schulzentren um jeweils 20 % gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (21:11, 1 Enthaltung)

Bauunterhaltung beim Schulzentrum Adenau (2220.9820)

"Die Mittel für die Wärmepumpen werden gesperrt. Der Kreisausschuß entscheidet über die Freigabe."

Antragsteller: Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluß: Antrag abgelehnt (22:11)

Neubau eines Gymnasiums in Bad Neuenahr-Ahrweiler (2311.9400)

"Die für den Neubau eines Gymnasiums in Bad Neuenahr-Ahrweiler vorgesehenen Mittel werden für die Planung der Sanierung des Peter-Joerres-Gymnasiums Ahrweiler und die Durchführung des 1. Sanierungsabschnittes eingesetzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluß: Antrag abgelehnt (20:12, 1 Enthaltung)

Generalsanierung des Are-Gymnasiums Bad Neuenahr (2350.9401)

"Die Haushaltsstelle erhält die Bezeichnung 'Planung und Durchführung des 1. Sanierungsabschnittes'."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluß: Antrag angenommen (19:14)

Asbestsanierung an der Berufsbildenden Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler (2460.9402)

"Für die in Zusammenhang mit der Asbestsanierung entstehenden Kosten werden Mittel in Höhe von 500.000,00 DM bereitgestellt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig bei 1 Enthaltung)

Erneuerung der Akustikdecken bei der Don-Bosco-Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler (2700.3400)

"Der Ansatz für die Erneuerung der Akustikdecken bei der Don-Bosco-Schule wird um 171.000,00 DM auf 160.000,00 DM gekürzt. Mit den Arbeiten ist nicht eher zu beginnen, bis die absolute Notwendigkeit unzweifelhaft nachgewiesen ist."

Antragsteller: CDU-Fraktion
Beschluß: Antrag angenommen (21:11, 1 Enthaltung)

Erneuerung der Akustikdecken bei der Levana-Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler (2710.9400)

"Der Ansatz für die Erneuerung der Akustikdecken bei der Levana-Schule wird um 70.000,00 DM auf 70.000,00 DM gekürzt. Mit den Arbeiten ist nicht eher zu beginnen, bis die absolute Notwendigkeit unzweifelhaft nachgewiesen ist."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (21:11, 1 Enthaltung)

Baumaßnahmen bei der Janusz-Korczak-Schule Sinzig (2720.9400)

1. "Der für den Einbau neuer Fensteranlagen vorgesehene Ansatz von 300.000,00 DM wird entgegen der Empfehlung des Kreisausschusses in voller Höhe beibehalten."

Antragsteller: SPD-Fraktion

Beschluß: Antrag abgelehnt (21:12)

2. "Der Ansatz für den Einbau neuer Fensteranlagen wird von 300.000,00 DM auf 100.000,00 DM reduziert. Gleichzeitig ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000,00 DM einzustellen."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses

Beschluß: Empfehlung angenommen (21:11, 1 Enthaltung)

Ergänzunganschaffungen für die Kreismusikschule (3310.9350)

"Der Ansatz wird um 3.000,00 DM auf 8.700,00 DM gekürzt."

Antragsteller: F.D.P.-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (22:10, 1 Enthaltung)

Zuschüsse für Bau- und Kulturdenkmäler (3600.9870)

"Die Zuschüsse werden um linear 20 % gekürzt, so daß sich der Ansatz um 40.000,00 DM auf 160.000,00 DM vermindert."

Antragsteller: CDU-Fraktion

Beschluß: Antrag angenommen (23:10)

Zuschüsse für Jugendheime (4600.9820)

"Der Ansatz wird zu Lasten der Pauschale für kleine Baumaßnahmen um 43.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)

Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Baukostenzuschüsse für Kindertagesstätten (4640.9820)

"Der Ansatz wird von 3,5 Mio DM auf 2,5 Mio DM reduziert bei gleichzeitiger Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für 1994 um den Kürzungsbetrag. Darüberhinaus ist für 1995 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von einer weiteren Mio DM einzustellen."

Antragsteller: F.D.P.-Fraktion
Beschluss: Antrag angenommen (21:12)

Förderung von Spielplätzen (4680.9820)

1. "Der Ansatz in Höhe von 35.000,00 DM wird entgegen der Empfehlung des Kreisausschusses in voller Höhe beibehalten."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluss: Antrag abgelehnt (22:11)

2. "Der Ansatz wird um 15.000,00 DM auf 20.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses
Beschluss: Empfehlung angenommen (22:10, 1 Enthaltung)

Altenheim in Sinzig (4700.9870)

"Der Zuschuß für die Einrichtung einer Tagespflegestätte im Alten- und Altenpflegeheim Sinzig wird vollständig gestrichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluss: Antrag abgelehnt (23:10)

Zuschüsse für Sportstätten (5500.9870)

1. "Für den Sportplatz an der Bundesstraße 9 in Bad Breisig werden im Ansatz und in der Verpflichtungsermächtigung jeweils 400.000,00 DM bereitgestellt."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluss: Antrag abgelehnt (23:10)

2. "Die Zuschüsse werden um linear 10 % gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion / Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluss: Antrag angenommen (23:10)

Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen (6150.9820)

"Der Ansatz und die Verpflichtungsermächtigung werden jeweils auf 300.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig bei 1 Enthaltung)

K 5, Dorser - Aremberg (6501.9507)

1. "Die Mittel für die Ausbaumaßnahme werden komplett gestrichen."

Antragsteller: Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluss: Antrag abgelehnt (22:11)

2. "Für die Baumaßnahme werden Mittel in Höhe von 400.000,00 DM sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 460.000,00 DM veranschlagt."

Antragsteller: Landrat Weiler (laut geändertem Planentwurf)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig)

K 31, Ortsdurchfahrt Krälingen (6501.9519)

"Der Ansatz wird gesperrt. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Kreisausschuss."

Antragsteller: Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluss: Antrag abgelehnt (22:11)

K 69, Burgrohl-Lützingen (6501.9524)

"Für die Baumaßnahme wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000,00 DM für 1994 eingestellt."

Antragsteller: CDU-Fraktion
Beschluss: Antrag angenommen (28:3, 2 Enthaltungen)

K 17, Brücke Fuchshofen (6501.9525)

1. "Der Ansatz ist zu sperren. Für eine Erhöhung der Tragfähigkeit der Brücke werden keine Mittel bereitgestellt. Über notwendige Maßnahmen zur Abdichtung der Brücke gegen Feuchtigkeit entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer detaillierten Kostenaufstellung."

Antragsteller: Fraktion "DIE GRÜNEN"
Beschluss: Antrag abgelehnt (22:10, 1 Enthaltung)

2. "Für die Brückensanierung werden Mittel in Höhe von 300.000,00 DM sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000,00 DM veranschlagt."

Antragsteller: Landrat Weiler (laut geändertem Planentwurf)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig)

K 41, Spundwand Oberwinter (6501.9526)

"Die geplante Sanierung wird zurückgestellt. Es sind im Haushaltsplan 1993 keine Mittel bereitzustellen."

Antragsteller: Landrat Weiler (laut geändertem Planentwurf)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig)

Unterhaltung und Ausbau von Kreisstraßen (6501.9527)

"Der Ansatz wird um 50.000,00 DM auf 400.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: CDU-Fraktion
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig bei 1 Enthaltung)

K 40, Entwässerung am Unkelstein (6501.9528)

"Für die Maßnahme werden Mittel in Höhe von 100.000,00 DM sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000,00 DM veranschlagt."

Antragsteller: Landrat Weiler (laut geändertem Planentwurf)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig)

K 6, Ortsdurchfahrt Antweiler (6501.9547)

"Für die Maßnahme werden Mittel in Höhe von 80.000,00 DM veranschlagt."

Antragsteller: Landrat Weiler (laut geändertem Planentwurf)
Beschluss: Antrag angenommen (einstimmig)

K 47, Arweg in Bad Breisig (6501.9550)

"Für den Ausbau des Arweges in Bad Breisig im Zuge der K 47 werden Mittel in Höhe von 200.000,00 DM als Anlaufbetrag bereitgestellt und gleichzeitig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4.300.000,00 DM für 1994 aufgenommen."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluss: Antrag abgelehnt (22:10, 1 Enthaltung)

Zuschüsse an Gemeinden für Fremdenverkehr und Weinwerbung (7900.9820)

"Der Gesamtzuschußbetrag in Höhe von 10.000,00 DM wird vollständig gestrichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Investitionszuschüsse für die Erschließung von Gewerbegebieten (7910.9821)

1. "Der Ansatz in Höhe von 900.000,00 DM wird entgegen der Empfehlung des Kreisausschusses in voller Höhe beibehalten."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluß: Antrag abgelehnt (23:10)

2. Der Ansatz wird um 150.000,00 DM auf 750.000,00 DM gekürzt."

Antragsteller: Empfehlung des Kreisausschusses
Beschluß: Empfehlung angenommen (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Zuschuß für das Besucherbergwerk 'Grube Wilhelm' in Antweiler (7910.9823)

"Der Ansatz wird von 125.000,00 DM auf 50.000,00 DM reduziert bei gleichzeitiger Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um den Kürzungsbetrag."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Zuschuß für das Bahnhofsgebäude Kempenich-Engeln (7910.9823)

"Der Ansatz in Höhe von 100.000,00 DM wird gestrichen. Die Verpflichtungsermächtigung ist um denselben Betrag zu erhöhen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Zuschuß für den Geopfad in der Verbandsgemeinde Brohital (7910.9823)

"Der Ansatz wird um 10.000,00 DM auf 70.000,00 DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung wird ersatzlos gestrichen."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Zuweisung an die Deutsche Bundesbahn für die Beschaffung und Aufstellung von Fahrausweisautomaten (7920.9820)

"Für die Beschaffung und Aufstellung von Fahrausweisautomaten an der Ahrtalbahnstrecke wird zu Gunsten der Deutschen Bundesbahn ein Zuschuß in Höhe des Betrages von 100.000,00 DM bereitgestellt."

Antragsteller: SPD-Fraktion (zugleich Empfehlung des Kreisausschusses)
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig)

Veräußerung von Bezugsrechten an RWE-Aktien (8100.3300)

"Der aus der Veräußerung von Bezugsrechten an RWE-Aktien zu erwartende Erlös in Höhe von 500.000,00 DM ist als Einnahme im Vermögenshaushalt zu veranschlagen."

Antragsteller: SPD-Fraktion
Beschluß: Antrag angenommen (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Beschlüsse zum Stellenplan

1. Der Kreistag lehnte den Antrag der SPD-Fraktion ab, für die Frauenbeauftragte eine Vollzeitstelle im Stellenplan vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: 21:12

2. Der Kreistag lehnte den Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung der Stelle eines Schuldnerberaters bei der Kreisverwaltung Ahrweiler ab.

Abstimmungsergebnis: 21:12

3. Der Kreistag lehnte den Antrag der Fraktion "DIE GRÜNEN" auf Einrichtung der Stelle eines zweiten Abfallberaters für Gewerbebetriebe ab.

Abstimmungsergebnis: 21:11 (bei 1 Enthaltung)

4. Der Kreistag lehnte den Antrag der Fraktion "DIE GRÜNEN" auf Einrichtung einer Vollzeitstelle für einen Energiebeauftragten ab.

Abstimmungsergebnis: 21:7 (bei 5 Enthaltungen)

5. Der Kreistag faßte auf Antrag der CDU-Fraktion unter Einschluß von Zusatzanträgen der F.D.P.-Fraktion und des Vorsitzenden folgenden Grundsatzbeschuß:

"Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler stellt fest, daß der vorliegende Stellenplan bezüglich der ausgewiesenen Stellen dem zu erfüllenden Aufgabenumfang angemessen ist. Die allgemeine Finanzsituation läßt jedoch eine weitere Erhöhung der Zahl der Stellen in den nächsten Jahren nicht mehr zu. Deshalb muß für die für das Haushaltsjahr 1993 festgesetzte Anzahl von Stellen für die kommenden Jahre festgeschrieben werden. Eine Erhöhung der Zahl der Stellen findet bis auf weiteres nicht statt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach Möglichkeiten der Stelleneinsparung zu suchen und dem Kreisausschuß zu berichten.

Der Kreistag appelliert an Bund und Land, bei weiteren Aufgabenverlagerungen auf die Kreisstufe das erforderliche Personal bereitzustellen bzw. für einen ausreichenden finanziellen Ausgleich Sorge zu tragen sowie stattgefundene Aufgabenübertragungen zu überprüfen."

Abstimmungsergebnis: 25:3 (bei 3 Enthaltungen)

Schlußabstimmung

Der Kreistag beschloß mit 21 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 1 Enthaltung

1. die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1993 in der vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.
2. den Wirtschaftsplan 1993 für die Einrichtung der Abfallentsorgung in der vorgelegten Fassung.
3. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum von 1992 bis 1996 in der vorgelegten Fassung.
4. den Haushaltsplan 1993 der Gertrud-Pons-Stiftung in der vorgelegten Fassung.

Die so beschlossene Haushaltssatzung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

**TOP 7) Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Bäder-, Wein- und
Wanderland Rhein-Ahr-Eifel e. V.**

Der Kreistag beschloß einstimmig die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 200.000,00 DM durch den Landkreis Ahrweiler zugunsten von Bäder-, Wein- und Wanderland Rhein-Ahr-Eifel e. V., um diesem die Einräumung eines Kassenkredites zu Kommunalbedingungen zu ermöglichen.

TOP 8) Ersatzwahlen für den Schulträgerausschuß

Die Wahlen, die auf Antrag von KTM Wirz (CDU) in offener Abstimmung durchgeführt wurden, führten zu folgendem Ergebnis:

1. Lehrervertreter der Berufsbildenden Schule

Der Kreistag wählte auf Vorschlag der Berufsbildenden Schule einstimmig Herrn Oberstudiendirektor Arnold Terwer zum Mitglied und Herrn Studiendirektor Edzard Lübben zu dessen Stellvertreter.

2. Elternvertreter der Gymnasien

Der Kreistag wählte auf Vorschlag der CDU-Fraktion bei 1 Enthaltung Herrn Uwe-Christian Hein, Sinzig-Westum, zum stellvertretenden Mitglied.

3. Elternvertreter der Realschule Ahrweiler

Der Kreistag wählte auf Vorschlag des Elternbeirates der Realschule Ahrweiler einstimmig Herrn Dietmar Korbach, Bad Neuenahr-Ahrweiler, zum stellvertretenden Mitglied.

TOP 9) Ausgleichsbuch der Region Bonn

Der Kreistag stimmte dem Ausgleichsbuch der Region Bonn in seinem Teil A: "Der Ausgleich im Überblick" einstimmig zu und beauftragte die Verwaltung, auf dieser Grundlage die weiteren Verhandlungen mit dem Bund zu führen und über die Ergebnisse zu berichten.

TOP 10) Benennung eines Vertreters des Landkreises Ahrweiler für den
Regionalbeirat der Strukturförderungsgesellschaft mbH Region
Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

Der Vorsitzende teilte mit, daß das Verfahrensproblem, das in der letzten Sitzung zur Vertagung der Wahl geführt habe, inzwischen beseitigt sei. Wie auch in der Vorlage dargelegt, liege das Vorschlagsrecht für den Vertreter der ~~Gemeinden~~ im Regionalbeirat bei den Gemeinden selbst.

KTM Henzgen (SPD) erklärte, daß seine Fraktion diese Verfahrensweise ablehne. Der Kreis Ahrweiler sei Mitglied in der Strukturförderungsgesellschaft und sollte als solches auch unmittelbar über die Vertretung des Kreises Ahrweiler im Regionalbeirat bestimmen dürfen. Für die Ämter im Regionalbeirat kämen dabei nur Personen in Frage, die den Kreis als Ganzes und nicht eine einzelne Gebietskörperschaft repräsentieren.

Er stellte ~~den~~ folgenden Antrag:

1. Die aus dem Gebiet des Kreises Ahrweiler zu entsendenden Vertreter für den Regionalbeirat werden vom Kreistag Ahrweiler gewählt.
2. Die beiden Vertreter aus dem Gebiet des Kreises Ahrweiler werden ausschließlich als Vertreter des Landkreises gewählt und nicht als Vertreter der kreisangehörigen Gemeinden.
3. Die beiden Vertreter für den Regionalbeirat werden aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags aus dem Kreistag nach Maßgabe des d'Hondtschen Verfahrens gewählt.

Der Kreistag lehnte dies mit 21 Stimmen gegen 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Der Vorsitzende hatte vor der Abstimmung darauf hingewiesen, daß der Antrag teilweise im Widerspruch zum Gesellschaftsvertrag steht.

Für die Wahl in den Regionalbeirat wurden von der CDU-Fraktion Herr Wilhelm Josef Sebastian, Dernau, und von der SPD-Fraktion Herr Hans Wallow, Remagen-Rolandseck, vorgeschlagen. Der Kreistag entschied sich für Herrn Seba-

stian, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte; die offene Abstimmung ergab für Herrn Sebastian 20 Stimmen und für Herrn Wallow 10 Stimmen. 3 Kreistagsmitglieder enthielten sich der Stimme.

TOP 11) Verabschiedung einer Resolution gegen Gewalt
(Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.12.1992)

KTM Elsner (SPD), die eingangs ihrer Bemerkungen um Nachsicht für die kurzfristige Verlage des Antrages bat, erklärte, daß auch der Kreistag zu den gegenwärtig in Deutschland zu beobachtenden rechtsextremistischen Auswüchsen eine mahnende Erklärung abgeben müsse verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Resolutionstext wurde auf Wunsch der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion geringfügig textlich modifiziert. Zudem schloß die Endfassung der Resolution auf Anregung der F.D.P.-Fraktion auch Ausschreitungen linksextremistischer Art ein.

Der Kreistag beschloß einstimmig eine Resolution gegen Gewalt mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag von Ahrweiler verurteilt rechts- und linksextremistische Ausschreitungen mit allem Nachdruck. Sie bedrohen unsere freiheitliche Rechtsordnung und erfordern angemessene Reaktionen der staatlichen Organe. Da sich diese Forderung nicht nur an die politisch Verantwortlichen richtet, sind alle demokratischen Kräfte aufgefordert, sich entschieden gegen jegliche Gewalt einzusetzen."

TOP 12) Beantwortung von Anfragen

Dem Kreistag lag die beantwortete Anfrage von KTM Dr. Heller (CDU) zum Fortbestand der Busverbindung zwischen Remagen-Oedingen und Bonn-Bad Godesberg vor.

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Der Vorsitzende:



Weiler
Landrat

Für die Mitglieder:

Hörsch, Günter (CDU)

Banze, Dirk (SPD)

Berens, Peter
(TOP 5 b)

Dr. Stange, Helmuth
(F.D.P.)

Schlagwein, Wolfgang
(DIE GRÜNEN)

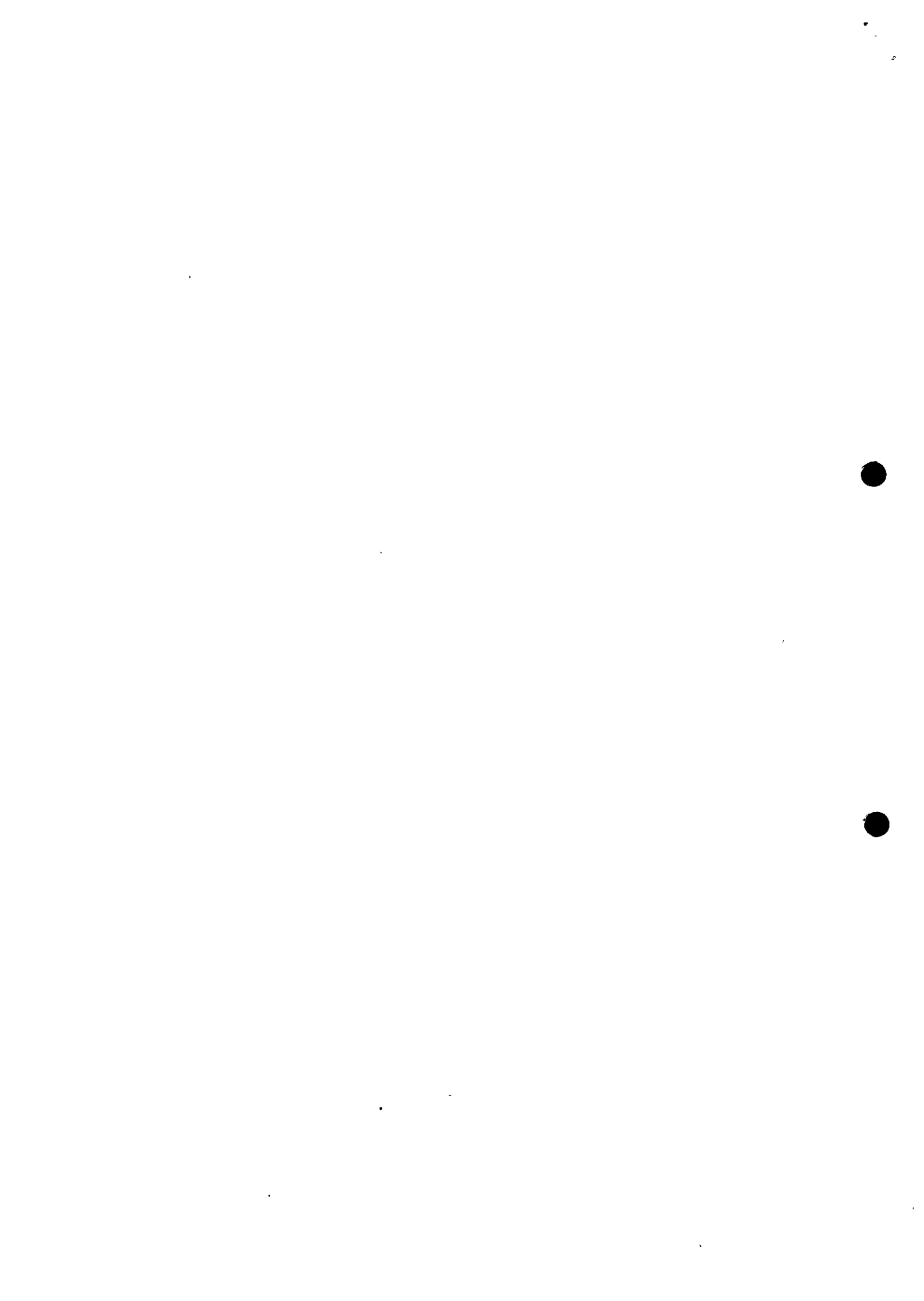
Der Schriftführer:



Kniel
Oberamtsrat

Anlage:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1993 (TOP 6)



Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 1993

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am . . . 1992 aufgrund der §§ 17 und 50 der Landkreisleistungsordnung für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 451) in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 419) in der geltenden Fassung folgende Haushaltssatzung beschlossen, die nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Koblenz als Aufsichtsbehörde vom . . . hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1993 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	132.599.114 DM
in der Ausgabe auf	132.599.114 DM,

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	22.767.727 DM
in der Ausgabe auf	22.767.727 DM

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf 16.307.432 DM,
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 18.806.064 DM,
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 8.000.000 DM.

§ 3

Für den Betriebszweig Abfallentsorgung werden in dem Wirtschaftsplan festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf 6.741.987 DM,
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 15.607.000 DM,
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 2.000.000 DM.

§ 4

1. Die Kreisumlage, die der Landkreis nach § 51 Abs. 3 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden erhebt, wird festgesetzt auf:
30 v.H. der auf die vorgenannten Gebietskörperschaften entfallenden Umlagegrundlagen nach §§ 21 Abs. 4, 22 des Finanzausgleichsgesetzes.

Sie ist mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. des Haushaltsjahres fällig.

Nachrichtlich:

Umlagesoll 1993 = 38.388.693 DM

Umlagesoll 1992 = 32.127.377 DM

Hinweis:

Die Haushaltssatzung liegt zur Einsichtnahme vom . . . bis . . . während der Dienststunden bei der Kreisverwaltung Ahrweiler, Wilhelmstr. 24 - 30, 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler, Zimmer 112, öffentlich aus.

5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler, den
Kreisverwaltung Ahrweiler

Weiler
Landrat